

Das Heringessen der SPD Bad Berneck am Aschermittwoch 2012 mit MDL Inge Aures

Die Bad Bernecker SPD hatte für den Aschermittwoch traditionell zum Heringessen ins Gasthaus Blumenau eingeladen. Vorsitzender Udo Sauerstein konnte wieder eine große Zahl an interessierten Zuhörern begrüßen.

Nach dem kulinarischen Genuss eröffnete 1. Bürgermeister Jürgen Zinnert den politischen Teil des Abends mit der Schilderung des aktuellen Standes der Bad Bernecker Rathauspolitik. Dabei hob er das Verbindende im Stadtrat hervor, auch wenn die Fraktionen nicht in jeder Frage einer Meinung sein könnten. Es folgte eine Aufzählung der aus Bad Bernecker Stadtanzeiger, Nordbayerischen Kurier, aktuell auch Süddeutscher Zeitung („Bayerns Griechen“) und Bayerischen Fernsehen („quer“) inzwischen allseits bekannten großen finanziellen Probleme der Stadt und deren Ursachen.



Die beiden Redner des Abends, Inge Aures und Jürgen Zinnert

Diese ließen sich mit vielen schmerzhaften Schritten nur lösen, wenn alle an einem Strang – und dann noch gemeinsam in dieselbe Richtung zögen. Wobei die Dienstleistungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger infolge der abverlangten Sparmaßnahmen eher schlechter werde. Neu war der Hinweis, dass im Stadtrat derzeit konstruktive Überlegungen angestellt würden, wie die Stadt angesichts der zu erwartenden zusätzlichen Verschuldung in Höhe von rd. 15 Mio. € für die erforderliche Kanalnetzsanierung und Neubau der Kläranlage dennoch die Handlungsfähigkeit in ihrer Haushaltssatzung behalten könne. Denn es werde Jahre dauern, bis der Bauaufwand durch die angepassten Gebühren wieder refinanziert sei.

Dann traf Landtagsabgeordnete Inge Aures als Hauptrednerin des Abends ein. Statt etwa eines schweren Säbels hatte sie gewissermaßen ein Skalpell mitgebracht, mit dem sie mehrfach Schönfärbereien und heiße Luft analytisch sauber aus den Seehoferschen Selbstdarstellungen herauspräparierte. Ob dieses eher behutsame Vorgehen an ihrem langen Tag lag, sei dahingestellt. Mit Abfahrt um 5.30 Uhr war sie frühmorgens nach Vilshofen zum politischen Aschermittwochstermin der Bayern-SPD aufgebrochen. Nach der Veranstaltung fuhr sie zunächst wegen eines eigenen Redetermins zum OB-Wahlkampf nach Hof/Saale, bevor sie kurz vor 20.30 Uhr in Bad Berneck eintraf. Vielleicht passt früher übliches brachiales Eindreschen auf den politischen Gegner auch einfach nicht mehr in die heutige Zeit. Der fränkischen Mentalität entsprach diese altbayerische Tradition eh nie so richtig.

Aus Vilshofen hatte sie jedenfalls Aufbruchstimmung mitgebracht, dass es im Jahr 2013 gelingen werde, die CSU nach über 55 Jahren von der Last des Regierens zu erlösen. Dort hatte Sigmar Gabriel am Vormittag u. a. erklärt, Seehofer müsste eigentlich „Drehhofer“ heißen, weil er so oft und ständig seine Meinungen und Positionen wechsele, egal ob bei Atompolitik und Energiewende oder bei der Nominierung von Joachim Gauck für das Amt des Bundespräsidenten.

Horst Seehofer und die Bayerische Staatsregierung sähen den Freistaat immer nur auf dem Spitzenplatz unter den Bundesländern. Dabei habe Bayern rund 200.000 Leiharbeiter und 100.000 sog. Aufstocker, die ihren viel zu geringen Arbeitslohn mit Hartz-IV aufstocken müssten. Das sei so, weil Schwarz-Gelb bisher einen generellen gesetzlichen Mindestlohn verhindere. Außerdem könne der Freistaat nur 5% seiner Schüler Plätze in Ganztagschulen bieten. Davon erzählten der Ministerpräsi-

dent und beide Regierungsparteien ebenso wenig wie von der Verschuldungssituation vieler Kommunen im Freistaat, insbesondere im ländlichen Raum, wie z. B. in Bad Berneck. Ferner würden nur die Zahlen neu eingestellter junger Lehrer und Polizeianwärter genannt, ohne darzustellen, wie viele Ältere gleichzeitig in Pension gingen.

Die frühere CSU-Alleinregierung habe bereits unter Edgar Stoiber 1994 und in den Folgejahren ihre wirtschaftspolitische Inkompetenz bewiesen, als sie sämtliche Wirtschaftsbeteiligungen des Freistaats, wie z. B. an der Bayernwerk AG, für insgesamt 7,3 Mrd. € verkauft und die Erlöse am Landtag vorbei mit der Gießkanne verteilt hätte. Die guten Dividendenzahlungen fehlten seither. Die Stadt München mit Christian Ude habe diesem Beispiel nicht nachgeeifert und stünde heute recht gut da.

Als aktuelles Beispiel unausgeglichener Seehofer'scher Politik benannte sie seine groß angekündigte Absicht zur offenbar in Kürze bevorstehenden Aufkündigung des Länderfinanzausgleichs. Nachdem er dies im Maximilianeum vollmundig kundgetan hatte, habe anschließend der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher am Rednerpult anhand des Protokolls der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 5. Juli 2000 aufgezählt, welche prominenten CSU-Bundestagsabgeordneten der bis zum Jahr 2019 geltenden und bis dahin unkündbaren Ausgleichsregelung damals u. a. zugestimmt haben: Peter Ramsauer, Ilse Aigner, Gerda Hasselfeldt, Hartmut Koschyk – und, na wer wohl noch? – Horst Seehofer. Letztgenannter sei dann auf seinem Regierungssessel hochrot angelaufen.

Dann zählte Aures einige Felder auf, wo eine SPD-geführte Staatsregierung u. a. besser regieren wolle: Schaffung gleicher Lebensbedingungen durch Verbesserungen im ländlichen Raum, wie z. B. bei Breitbandverkabelung, bessere Finanzausstattung von Kommunen, ein für die Eltern und Kommunen kostenloses letztes Kindergartenjahr, die Möglichkeit der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen für den durchgehenden Besuch vom 1. bis zum 10. Schuljahr. Zu einer anderen Bildungspolitik zähle auch die Abschaffung der Studiengebühren, die von vielen Hochschulen nur gebunkert würden, ohne den Studenten, z. B. des doppelten Abiturjahrgangs, in irgendeiner Weise durch Verbesserung der Studienbedingungen zugute zu kommen.

Aufgrund zahlreicher Studien, wie Kinder am besten lernen könnten, habe bereits die CDU das Dreisäulenmodell inzwischen programmatisch aufgegeben. Nur die CSU halte noch an ihrer althergebrachten Aufteilung in drei Schulzweige fest. Das zwinge Grundschüler und Eltern bis zum 4. Schuljahr in einen gnadenlosen Auslesewettbewerb. Der übereilte Einstieg in das G8-Abitur habe außerdem zu einem massiven Rückgang an jugendlichen Freizeitaktivitäten, z. B. in Vereinen, geführt.

Abschließend rief Aures noch dazu auf, für den Regierungswechsel in Bund und Freistaat zu arbeiten und den Stadtrat mit Bürgermeister Jürgen Zinnert zu unterstützen.